

Finanzdirektion des Kantons Bern
Münsterplatz 12
3011 Bern
reto.bern@fin.be.ch



Bern, 17. Dezember 2015

ANTWORT ZUM VERNEHMLASSUNGSVERFAHREN ZUR STEUERSTRATEGIE DES KANTONS BERN

Sehr geehrte Frau Finanzdirektorin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zum Vernehmlassungsverfahren zur Steuerstrategie des Kantons Bern. Gerne nimmt die Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern (SP Kanton Bern) dazu fristgerecht Stellung.

1 GRUNDSÄTZLICHES

Die SP des Kantons Bern begrüsst die Absicht des Regierungsrats, eine gesamtheitliche Sicht zur Steuersituation im Kanton vorzunehmen und eine darauf basierende Strategie für die nächsten Jahre zu entwickeln. Wir begrüssen auch den wissenschaftlichen Ansatz, mit dem diese Arbeit angegangen worden ist. Allerdings hätten wir uns eine wissenschaftliche Evaluation nicht nur im Bereich der natürlichen Personen gewünscht, sondern vor allem auch für die juristischen Personen – dem Teil, den die Regierung bei dieser Steuerstrategie in den Vordergrund stellt. Enttäuscht ist die SP des Kantons Bern über die hauptsächliche Ausrichtung der Strategie auf Unternehmenssteuersenkungen und den damit verbundenen ungesunden Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen. Aus unserer Sicht muss eine Steuerstrategie als oberstes Ziel die Steuergerechtigkeit anstreben, die Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit sicherstellen und für genügend Einnahmen zur Gewährleistung der staatlichen Leistungen sorgen. Dieses Ziel wird klar verfehlt. Die Unternehmenssteuersenkungen würden zu mehr Ungerechtigkeit führen, indem sie zu weiterem Abbau von wichtigen staatlichen Leistungen führen würden, beispielsweise in der Bildung, im Gesundheitswesen, bei der Armutsbekämpfung, bei Infrastrukturbauten in den Zentren und insbesondere in den Regionen. Aus unserer Sicht fehlen wichtige Aspekte einer umfassenden Steuerstrategie. Zudem bemängeln wir, dass die Strategie nicht zum Anlass genommen wurde, schon länger anstehende Forderungen im Steuerbereich aufzugreifen. Nachfolgend nehmen wir zu den Mängeln sowie den von der Regierung vorgeschlagenen Massnahmen im Detail Stellung.

2 ZU DEN VORGESCHLAGENEN MASSNAHMEN

Ziffer 8.1 Senkung des Gewinnsteuertarifs

Die SP steht einer Senkung des Gewinnsteuertarifs grundsätzlich kritisch gegenüber. Zum jetzigen Zeitpunkt und in der vorliegenden Form lehnt sie eine solche aus folgenden Gründen ab:

- Die Entscheide auf Bundesebene zur Unternehmenssteuerreform 3, gerade auch die allfälligen Ausgleichszahlungen an die Kantone, sind noch ausstehend und können sich durch ein Referendum noch weiter verzögern. Ohne diesen Entscheid macht es keinen Sinn, im Kanton Bern diesbezüglich Entscheidungen zu treffen.
- Nach neusten Informationen wird der Kanton Bern vom Bund nur einen sehr bescheidenen Beitrag als Ausgleichszahlung erhalten. Umso mehr liegen Steuersenkungen nicht drin.
- Es ist voraussehbar, dass die vorgeschlagenen Steuersenkungen nicht gegenfinanziert werden können, was Steuermindereinnahmen und folglich einen weiteren schmerzhaften Leistungsabbau im Kanton Bern zur Folge hätte.
- Es ist stossend, dass durch die vorgeschlagenen Steuersenkungen Grossbetriebe gegenüber KMUs bevorteilt würden.
- Ob die gewünschten Auswirkungen von Steuersenkungen auf das Verhalten der Unternehmen (Zuzug in den Kanton Bern) eintreffen, ist äusserst fragwürdig. Viel entscheidender für die Attraktivität des Kantons Bern für Unternehmensansiedlungen sind andere Standortfaktoren wie Bildung und Forschung, Fachkräfte, Wohnraum, Verkehr/Mobilität, gutes Gesundheitswesen, Arbeitsfrieden.
- Im Interesse der ganzen Schweiz sollten sich die Kantone bei den Unternehmenssteuern auf eine gemeinsame Bandbreite mit definierter Untergrenze einigen. Wir fordern die Regierung auf, sich bei der Finanzdirektorenkonferenz für einen einheitlichen untersten Steuersatz einzusetzen. Der Steuerwettbewerb ist ruinös und führt in allen Kantonen zu Leistungsabbau, bremst Innovationen und Entwicklungen ab.
- Steuersenkungen bei juristischen Personen sollen grundsätzlich nicht zulasten der natürlichen Personen gehen.

Ziffer 8.2 Senkung des ordentlichen Kapitalsteuertarifs von 0.3 Promille auf 0.1 Promille:

Auch diese Steuersenkung lehnt die SP Kanton Bern mit der gleichen Argumentation wie bei der Gewinnsteuer ab.

Ziffer 8.3 Erhöhung des Kinderdrittbetreuungsabzugs

Die SP/JUSO/PSA-Fraktion hat anlässlich der Beratung der Steuergesetzrevision in der Juni- und September-Session des Grossen Rates eine Erhöhung des Kinderdrittbetreuungsabzugs erfolgreich vertreten. Wir begrüssen daher die Erhöhung auf CHF 10'100 und damit die Angleichung an das Niveau des Bundes. Damit soll erreicht werden, dass sich die Erwerbsarbeit für beide Elternteile, auch bei zwei oder mehr Kindern, die eine familienergänzende Betreuungseinrichtung besuchen, lohnt. Damit werden die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Gleichstellung gefördert. Auch dem Fachkräftemangel kann entgegengewirkt werden. Wir möchten darauf hinweisen, dass Steuerabzüge grundsätzlich nicht anzustreben sind, weil diese Gutverdienende bevorzugen. Noch besser wären deshalb tiefere (oder gar keine) Gebühren bei der Drittbetreuung durch stärkere Subvention der Betreuungsangebote. Da dies jedoch zurzeit nicht realistisch ist, unterstützt die SP den erhöhten Abzug für Drittbetreuung.

Ziffer 9.2.2 Anpassung Motorfahrzeugsteuern

Die SP des Kantons Bern hat bei der Senkung der Motorfahrzeugsteuern die Vorlage des Regierungsrates unterstützt und die Forderung der Initianten bekämpft. Wir bedauern den Ertragsverlust,

der aus der angenommenen Initiative resultiert. Wir unterstützen die Absicht gemäss Steuerstrategie, diese Steuer so anzusetzen, dass sich der Kanton Bern im schweizerischen Mittel befindet.

3 MÄNGEL

Die gezogenen Schlüsse mit den Massnahmen stellen aus Sicht der SP Kanton Bern keine tatsächliche Strategie mit Weitblick dar. Sie sind vielmehr reine „Pflästerlipolitik“. Aus Sicht der SP Kanton Bern fehlen für eine vollständige, effektive Strategie wesentlich Themen und Forderungen:

- Es fehlen in der Strategie Massnahmen im Bereich der **Pauschalbesteuerung**. Wir schlagen vor, die Pauschalsteuer anzuheben. Pauschalbesteuerte Personen müssen stärker in die Pflicht genommen werden zur Finanzierung der Leistungen des Staates und der ganzen Gesellschaft, von denen sie in hohem Masse profitieren. Zudem muss sichergestellt werden, dass pauschalbesteuerte Personen jährlich neu veranlagt werden. Das ist heute nicht der Fall.
- Es fehlen ebenfalls Massnahmen im Bereich der **Quellensteuer**. Wir schlagen vor, die Quellensteuer anzuheben und eine progressive Ausgestaltung zu prüfen. Insbesondere soll die Quellensteuer für ausländische Künstler/innen und Sportler/innen eingeführt werden (überwiesenes Postulat Stucki).
- Weitere Steuerarten, auch wenn sie nur einen kleinen Teil der Steuereinnahmen des Kantons ausmachen, sind systematisch auf **Besteuerungslücken** zu überprüfen. So sollten etwa **Liegenschaften in Nichtbaugebieten** konsequent nach dem Verkehrswert besteuert werden (wie in Bauzonen). Zudem ist der Planungsmehrwert abzuschöpfen. Diese Massnahmen helfen auch, der Zersiedelung der Landschaft entgegenzuwirken.
- Die **nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke** sind neu zu bewerten (wie es die Regierung dem Grossen Rat beantragt).
- Auch wenn sich **Steuersenkungen für natürliche Personen** gemäss der externen Studie keinen positiven Effekt im Sinne von ZuzügerInnen oder Verhinderung von WegzügerInnen zur Folge haben, so ist zu prüfen, ob nicht punktuell Entlastungen möglich sind. Angesichts der anvisierten steuerlichen Entlastungen der juristischen Personen fehlt in der Bevölkerung das Verständnis dafür, dass die natürlichen Personen davon ausgenommen werden sollen. Es sind insbesondere Massnahmen für die Senkung der Steuern für tiefe und mittlere Einkommen und eine weitere Senkung des sogenannten Mittelstandbuckels anzustreben.
- Es fehlt aus sozialpolitischer Sicht insbesondere der Aspekt der Besteuerung von Sozialhilfebeziehenden. Steuerbefreite Personen, die arbeiten, dürfen nicht schlechter gestellt sein, als diejenigen, die nicht arbeiten können. In der Steuerstrategie sollten demnach die Schwellenwerte geprüft und angepasst werden. Das **steuerbefreite Existenzminimum** ist zu erhöhen.
- Wir vermissen in der Steuerstrategie Massnahmen gegen die **Steuerhinterziehung**, unter anderem die Erhöhung der Anzahl SteuerinspektorInnen.
- In der Strategie werden keine Ziele zu den **Steuerrulings** definiert. Durch viel zu freizügige Steuerrulings entgingen dem Kanton in den letzten Jahren massgebliche Steuereinnahmen. Es ist aufzuzeigen, wie sichergestellt wird, dass Steuerrulings auf ein Minimum reduziert und die Rechtmässigkeit streng kontrolliert wird.
- Dem Kanton Bern entgehen viele Steuereinnahmen, weil sich viele im Kanton Bern erwerbstätige Personen in einem Nachbarkanton niederlassen. **Steuerteilungen** zwischen dem Kantonen, in dem eine Person wohnt und jenem Kanton, in dem die Person arbeitet, sind zu prüfen. Der Regierungsrat ist gebeten, in dieser Frage beim Bund vorstellig zu werden. Auch die Problematik der nicht gemeldeten **Wochenaufenthalter** im Kanton Bern ist verstärkt anzugehen.

- Die Schweiz ist mittlerweile das einzige Land in Europa, in dem keine **Individualbesteuerung** anstatt der Ehepaarbesteuerung möglich ist. Auch in dieser Frage bitten wir den Regierungsrat voranzugehen und sich beim Bund für die Einführung der Individualbesteuerung, zumindest als frei wählbare Option, einzusetzen.

4 FAZIT

Aus Sicht der SP Kanton Bern ist die vorgelegte Strategie zum einen – wie erläutert – unvollständig. Zum anderen kann die SP Kanton Bern den vorgeschlagenen Unternehmenssteuersenkungen unter den gegebenen Voraussetzungen nicht zustimmen. In der vorgelegten Version lehnt die SP des Kantons Bern die Steuerstrategie deshalb ab.

Wir bitten Sie, unsere Vernehmlassungsantwort wohlwollend zu berücksichtigen und danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern
Parti socialiste du canton de Berne



Ursula Marti
Parteipräsidentin



David Stampfli
Geschäftsführender Parteisekretär